

Wahlprüfsteine: AIDS-Hilfe Baden-Württemberg

Diskriminierung und Rassismus

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Die Präventionsarbeit der Aidshilfen hat in den letzten Jahren neben der reinen Wissensvermittlung der Übertragungswege und dem Schutzverhalten bei HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen eine bedeutende Rolle in der Vermittlung von Themen wie Gleichberechtigung, Umgang mit Rollenbildern und sexueller Orientierung eingenommen. Mit dem erweiterten Zugang zu besonderen Zielgruppen wie bspw. Geflüchteten ist uns ein bedeutender Baustein in der Präventions- und Integrationsarbeit gelungen.*

1.) Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Themen Diskriminierung und Rassismus gesellschaftlicher Gruppen in Zusammenhang mit chronischen Infektionen und geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen diese Form der Diskriminierung in Baden-Württemberg ergreifen?

Wir Grüne treten für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Auf unsere Initiative hin hat das Land die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) Baden-Württemberg geschaffen. Diese wollen wir finanziell und als unabhängige Stelle personell stärken.

Auch die Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche werden wir weiter ausbauen. Für 2021 läuft aktuell der Förderaufruf „Flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene von Diskriminierung“. Das Ziel: Allen Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, soll ein niedrigschwelliger Zugang zu einer professionellen Antidiskriminierungsberatung ermöglicht werden.

Auch von staatlicher Seite darf es keine Diskriminierung geben. Darum fordern wir Grüne ein Antidiskriminierungsgesetz, das nach dem Vorbild des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ausgestaltet sein soll.

2.) Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg diese wichtige Integrations- und Aufklärungsaufgabe der Aidshilfen finanziell unterstützt und wenn ja, in welcher Höhe?

Die Aidshilfen leisten wichtige Aufklärungs- und Integrationsarbeit – auch im Bereich der Schulen, in der Jugendarbeit und in der Arbeit mit Migrant*innen. Diese Arbeit wird von verschiedenen Gruppen getragen. Deshalb kann ein spezifisches Budget für die Aidshilfen an dieser Stelle nicht beziffert werden. Wir begrüßen es, wenn sich die Akteur*innen zu einem Bündnis zusammenschließen, um die Finanzierung gemeinsam zu koordinieren.

3.) Wie ist Ihre Meinung zur Erweiterung des Artikel 3 Grundgesetz um das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität?

Grundlegende gesellschaftliche Normen wie das Diskriminierungsverbot müssen in der Verfassung für alle Menschen gelten und sichtbar sein. Der Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes muss endlich um ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität ergänzt werden. Dafür setzen wir Grüne uns nachdrücklich ein.

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Gesundheit ist ein Menschenrecht. Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen ungeachtet ihres kulturellen Hintergrunds den gleichen Zugang zu Information,*

Prävention, Beratung und Versorgung erhalten. Dies ist im Aktionsplan zur Umsetzung der HIV/Aids-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung vorgesehen.

4.) Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zu einer Verbesserung der Präventions- und Behandlungsangebote für die sexuelle Gesundheit von Migrant*innen in Baden-Württemberg beitragen?

Im Januar 2019 konnte das Pilotprojekt „Zentrum für sexuelle Gesundheit – Checkpoint Plus Freiburg“ dank der Förderung durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg seine Arbeit aufnehmen. Prävention, Beratung, Testung und bei Bedarf medizinische Versorgung werden dabei nicht mehr getrennt, sondern klug zusammengedacht und an einem Ort angeboten. Dass die Betroffenen hier eine Anlaufstelle vorfinden, die sie niedrigschwellig und ohne Sektorenbarrieren besuchen können, ist gerade aufgrund der bei HIV und sexuell übertragbaren Infektionen (STI) sehr vielfältigen Zielgruppe wichtig. Für Männer, die Sex mit Männern haben, wird hier nicht nur Beratung durch zur Community gehörende Personen angeboten, sondern es stehen hier auch ausgebildete Peers mit den erforderlichen, auch medizinisch einschlägigen Fremdsprachenkenntnissen zur Verfügung. Wir halten dieses Projekt deshalb gleich in mehrfacher Hinsicht für richtungsweisend.

5.) Wie will Ihre Partei die gesundheitliche Versorgung von Migrant*innen ohne ausreichenden Versicherungsschutz in Baden-Württemberg sicherstellen?

Wir Grüne fordern auf Bundesebene eine Krankenversicherung für Ausländer*innen ohne Papiere. In Baden-Württemberg setzen wir uns dafür ein, dass Geflüchteten mit der Erstregistrierung eine Gesundheitskarte ausgestellt wird.

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Bei rechtzeitiger Diagnose und Behandlung können HIV-Positive ein normales Leben führen. Eine erfolgreiche Therapie schützt – selbst beim Sex – vor Übertragung. Dennoch wird das Leben von vielen Menschen mit HIV immer noch durch Diskriminierung und Stigmatisierung erschwert.*

6.) Inwiefern wird Ihre Partei dazu beitragen, der Bevölkerung in Baden-Württemberg ein modernes Bild vom Leben mit HIV zu vermitteln?

Besonders wichtig ist uns in diesem Kontext der Welt-Aids-Tag am 1. Dezember. Als Grüne nutzen wir diesen Tag, um für das Thema zu sensibilisieren. Gerade Prävention, Schutzverhalten und moderne Therapieverfahren geraten an diesem Tag in den Fokus der Aufmerksamkeit. Ein entscheidender Ort, um dieses Wissen zu vermitteln, sind für uns auch die Schulen. Die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ bietet die Möglichkeit, auch das Leben mit HIV zu thematisieren. Ein weiterer Punkt ist die Schulaufklärung. Hier gilt es, die Aidshilfen weiterhin und verstärkt einzubinden.

7.) Welche Ideen haben Sie, Menschen mit HIV zukünftig besser vor Diskriminierung zu schützen (bspw. durch einen vereinfachten Klageweg)?

In erster Linie setzen wir auf Aufklärung. Aufklärung ist der beste Schutz vor Ausgrenzung, Diskriminierung und Stigmatisierung. Sie führt auch dazu, Themen zu enttabuisieren. Gleichzeitig gilt es, die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu stärken. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere der Datenschutz und die Anerkennung der Expertise der Betroffenen.

Auch die Landesantidiskriminierungsstelle, die wir finanziell und personell stärken wollen, ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg: Zurückweisung erfahren Menschen mit HIV auch dort, wo sie sich medizinische Expertise und Versorgung versprechen: im Gesundheitswesen. Jeder 5. Person wurde eine medizinische Behandlung verweigert. Häufig kommt es vor, dass Menschen mit HIV Termine nur am Ende der Sprechstunde angeboten bekommen, falsche Informationen über ihre Rechte und Pflichten erhalten sowie Verletzungen der Schweigepflicht erleben. Für die Ausgrenzung und Ungleichbehandlung von Menschen mit HIV gibt es keine medizinischen Gründe.

8.) Wie wird Ihre Partei eine diskriminierungsfreie Behandlung durch Ärzt*innen und medizinisches Personal in Praxen, Krankenhäusern und Rehakliniken in Baden-Württemberg gewährleisten?

Wir Grüne stehen für eine inklusive Gesellschaft. Dazu gehört auch, dass alle Patient*innen sensibel und diskriminierungsfrei medizinisch behandelt werden. Dies wollen wir durch die gezielte Aus- und Weiterbildung der medizinischen Fachkräfte gewährleisten.

Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg: Durch den medizinischen Fortschritt leben immer mehr und zunehmend ältere Menschen mit HIV in unserer Gesellschaft. Ihr Kontakt zum Gesundheitssystem wird deshalb immer häufiger, länger und auch komplexer durch typische Erkrankungen im Alter. Das Pflege- und Altenhilfesystem in Deutschland ist nicht auf Menschen mit HIV vorbereitet.

9.) Inwiefern wird Ihre Partei zur diskriminierungsfreien Pflege von Menschen mit HIV in Baden-Württemberg beitragen?

Pflegeeinrichtungen müssen inklusive Orte für alle sein. Wir Grüne wollen das Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“ stärken. Voraussetzung für dieses Siegel ist, dass die Mitarbeitenden in den vergangenen drei Jahren eine Fortbildung zum Thema kultursensible Pflege besucht haben. Auch aus der Stellenbeschreibung der Fachkräfte muss hervorgehen, dass die kultursensible Pflege zu ihrem Aufgabenbereich gehört. Zudem sollte die Biographiearbeit intensiviert werden. Gerade hier ist es von großer Bedeutung, besonders für das Thema HIV und AIDS zu sensibilisieren. Gemeinsam mit den Verbänden wollen wir deshalb über Möglichkeiten sprechen, die Ausbilder*innen dafür zu gewinnen, Aspekte der kultursensiblen Pflege in der Ausbildung zu vertiefen.

10.) Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das Personal im Gesundheitssystem und in Pflegeberufen auf die steigende Zahl älter werdender Menschen mit HIV vorbereiten?

Kultursensible Pflege umfasst für uns auch den sensiblen Umgang mit Menschen mit HIV. Dies muss in der stationären und teilstationären Pflege gewährleistet sein. Auch hier müssen wir dem Thema mit gesellschaftlicher Offenheit und Aufklärung begegnen. Es ist diskriminierend, wenn Menschen mit HIV als Patient*innen nur in den Randzeiten behandelt werden, Hygienemaßnahmen überzogen sind oder gar eine räumliche Separierung stattfindet. Dies lehnen wir entschieden ab. Entsprechend muss dieses Thema Teil der Aus- und Weiterbildung von Pflegepersonal sein. Darüber hinaus fördern wir gemeinsame, inklusive Wohnprojekte, bei denen mehrere Generationen oder unterschiedliche Personengruppen unter einem Dach leben. Dazu gehören selbstverständlich auch Menschen mit HIV.

Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg: Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhalten, sind arbeits- und leistungsfähig. Ein Ansteckungsrisiko besteht im Berufsalltag nicht, weder für Kolleg*innen, noch für Bürger*innen. Dennoch wurde 2017 auf der Frühjahrstagung der leitenden Polizeiarzt*innen von Bund und Länder beschlossen, dass HIV-positive Bewerber*innen polizeidienstuntauglich seien. Auf Nachfrage bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bekamen wir die Rückmeldung, dass eine Benachteiligung wegen einer HIV-Infektion in Bezug auf die Erwerbstätigkeit nicht zulässig ist.

11.) Wie stehen Sie der grundsätzlichen Ablehnung von HIV-positiven Bewerber*innen für den Polizeidienst gegenüber? Wird Ihre Partei sich gegen diese Diskriminierung einsetzen?

Eine grundsätzliche Ablehnung darf es aus unserer Sicht nicht geben. Einen guten Ansatz sehen wir in der Lösung, die die Innenministerkonferenz im Dezember 2020 für trans- und intersexuellen Menschen gefunden hat. Die Polizeidienstvorschrift 300 wurde so geändert, dass ihnen der Polizeidienst nun offen steht.

Umsetzung der 90-90-90-0-Ziele von UNAIDS

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** 90 Prozent der Menschen mit HIV sollen von ihrer Infektion wissen, davon 90 Prozent in Behandlung sein und davon wiederum 90 Prozent eine Viruslast unter der Nachweisgrenze haben, sodass HIV selbst beim Sex ohne Kondom nicht mehr übertragen werden kann („Schutz durch Therapie“). Die Null steht für null Diskriminierung von Menschen mit HIV.*

12.) Welche Maßnahmen sind angedacht, um die weltweiten Ziele 90-90-90-0 in naher Zukunft vollständig umzusetzen?

Auch wenn die Aufmerksamkeit gerade einer anderen Pandemie gilt: Der Kampf gegen Aids darf nicht vernachlässigt werden! Wir Grüne setzen uns dafür ein, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung konsequent umzusetzen. Dazu gehört auch das ambitionierte Ziel, AIDS bis 2030 zu beenden. Weltweit wie auch in Deutschland sind wir leider noch weit von der Erreichung der Ziele des UN-AIDS-Programms entfernt. Vor allem in Ländern des Globalen Südens ist HIV oft ein Problem der ärmeren Bevölkerung. Zum einen, weil Aufklärung sie nicht erreicht und sie keinen Zugang zu Kondomen und anderen Präventionsmitteln haben. Zum anderen, weil es im ländlichen Raum noch keine flächendeckende Behandlung gibt. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, dass Deutschland seinen finanziellen Beitrag für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria leistet und in diesem Sinne mit gutem Beispiel vorangeht.

Drogengebrauchende Menschen

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Wer Drogenkonsument*innen ermöglicht, Risiken zu reduzieren, hat damit Erfolg. Wichtige Maßnahmen sind vor allem der Zugang zu sterilen Spritzen und Zubehör, Informationen über „Safer Use“, Drogenkonsumräume und die Möglichkeit von Substitutionstherapien. Dazu braucht es mehr als einen einzelnen Drogenkonsumraum in Baden-Württemberg. Oft verhindern ideologische Barrieren wirksame Maßnahmen der Risikominimierung – und das, obwohl Suchtmittelabhängigkeit seit vielen Jahren ein anerkanntes Krankheitsbild ist. Drogenpolitik braucht eine differenzierte Betrachtung des Drogenkonsums als persönliche, bewusste Entscheidung zum Genusskonsum, als Lebensstiläußerung oder auch als Krankheit, für die es bedürfnisorientierte Therapien geben muss.*

13.) Für welche Drogenpolitik steht Ihre Partei und welche Maßnahmen planen Sie?

Wir Grüne stehen für eine liberale und progressive Drogenpolitik. Für uns gehört Prävention in den Mittelpunkt. Wir befürworten wirksame und frühzeitige Ansätze, die Abhängigkeit und riskante Konsumformen verhindern oder zumindest verringern, auch durch Resilienz- und Aufklärungsarbeit in den Schulen. Auf Bundesebene wollen wir mit einem Cannabiskontrollgesetz die Möglichkeit für eine regulierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis in Deutschland schaffen.

Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen

Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, saubere Spritzen auszugeben oder Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

Wir haben im Land den ersten Drogenkonsumraum eingerichtet. Dort können Schwerstabhängige mitgebrachte Suchtmittel konsumieren – unter hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht. Wir wollen Drogenkonsumräume in allen Großstädten etablieren, weil sie der Gesundheits-, Überlebens- und Ausstiegshilfe dienen. Sie sind aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein einer verantwortungsvollen Drogenpolitik.

14.) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, inhaftierten Menschen in Baden-Württemberg saubere Spritzen und Injektionszubehör zugänglich zu machen?

Wir halten Angebote zur Schadensminderung für wichtig, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Dazu kann aus unserer Sicht auch die Abgabe von sauberen Spritzen in Haftanstalten gehören. Im Vordergrund muss aber stehen, suchttherapeutische Angebote auszubauen. Dies war auch das Ergebnis einer von uns initiierten Arbeitsgruppe im Landtag, in der Expert*innen über den „Modernen Strafvollzug“ diskutiert und entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet haben.

15.) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei darüber hinaus ergreifen, um effektive HIV- und STI-Prävention in Haftanstalten umzusetzen?

Ein umfassendes Präventionskonzept muss aus unserer Sicht den Sozialdienst, den pädagogischen und psychologischen Dienst in den Justizvollzugsanstalten umfassen. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen muss die Aufklärungs- und Beratungsarbeit kontinuierlich gewährleistet werden.

Menschen in der Sexarbeit

*Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg: Die prekäre Lage durch die Corona-Pandemie wird dazu genutzt, politische Ziele zu befördern, so rückt das Sexkaufverbot seit Monaten immer mehr in die Öffentlichkeit. Sicherheit für Sexarbeiter*innen lässt sich jedoch nur unter legalen Bedingungen herstellen. Um Menschen zu erreichen und zu unterstützen, bedarf es einer höheren Akzeptanz und Respekt. Ein Verbot sorgt dafür, dass Sexarbeiter*innen allein gelassen werden. Wer wirklich helfen möchte, muss bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen anfangen. Um professionell zu unterstützen, braucht es ein flächendeckendes Beratungsangebot in Baden-Württemberg, dessen Finanzierung gesichert sein muss.*

16.) Wie steht Ihre Partei zu einem Sexkaufverbot?

Wir Grüne kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Menschen in der Sexarbeit wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung schützen. Das Recht auf Selbstbestimmung steht für uns dabei im Vordergrund. Deshalb werden wir Beratungsangebote ausbauen und Ausstiegsprogramme, die Alternativen aufzeigen, finanziell besser ausstatten.

17.) Welche Maßnahmen wird ihre Partei ergreifen, um die Lebens- und Arbeitssituationen von Sexarbeiter*innen zu verbessern?

Das Prostituiertenschutzgesetz in seiner aktuellen Fassung von 2016 setzt grundsätzlich den rechtlichen Rahmen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen zu verbessern. Leider wird dieser rechtliche Rahmen nicht genügend überwacht. Gewerbeaufsicht und Polizei benötigen mehr Personal, um ausreichend Kontrollen zu gewährleisten.

18.) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Beratungsangebot für Menschen in der Sexarbeit finanziert wird?

Wir Grüne setzen uns für ein flächendeckendes Beratungsangebot ein. Es gilt, die vorhandene Beratungsinfrastruktur bei den Gesundheitsämtern auszubauen und die Mitarbeitenden für die speziellen Bedürfnisse von Sexarbeitenden zu sensibilisieren.

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Derzeit können sich Menschen in der Sexarbeit teilweise nicht nach dem Prostituiertenschutzgesetzes anmelden, da sie im Vorfeld keine gesundheitliche Beratung in den zuständigen Gesundheitsämtern bekommen.*

19.) Inwieweit wird die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Krisenzeiten wie der Coronapandemie gewährleistet?

Die Lage von Sexarbeiter*innen in der Corona-Krise ist vielfach äußerst prekär. Aus unserer Sicht besteht die drängendste Aufgabe aktuell darin, Menschen in der Sexarbeit sozial abzusichern.

Checkpoints in Baden-Württemberg

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** In den vergangenen Jahren haben die Aidshilfen in Baden-Württemberg die Beratungs- und Testangebote um die Checkpoints erweitert und damit sehr viele Menschen niederschwellig und zielgruppenspezifisch erreicht. Durch die Arbeit der Checkpoints konnten zahlreiche Neuinfektionen in den vulnerablen Gruppen identifiziert, aber auch verhindert werden. Die Checkpoints sind zu einem wichtigen Instrument geworden, um das Ziel, Aids bis zum Jahre 2030 auszuschalten, zu erreichen. Unter Beteiligung eines hohen ehrenamtlichen Engagements findet in den Checkpoints Prävention, Beratung und Testung zur sexuellen Gesundheit statt. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen diese Kosten als Prophylaxe nicht. Diese notwendige Erweiterung der HIV/STI Prophylaxe und damit verbunden der Kampf gegen Aids (Late Presenter) benötigt verlässliche Finanzmittel zur Ausstattung personeller Ressourcen und Sachmittel.*

20.) In der kommenden Legislaturperiode werden viele Kommunen ihre Förderungen reduzieren und eine Finanzierungslücke in den Aidshilfen hinterlassen. Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg dauerhaft und planungssicher in die Grundfinanzierung der Checkpoints einsteigt und damit die Prävention unterstützt und die Verringerung der Neuinfektionen von HIV/STI – und wenn ja, in welcher Form und Höhe?

Falls sich tatsächlich zeigen sollte, dass sich die Kommunen aus der Finanzierung zurückziehen, müssen Land, kommunale Spitzenverbände und die Aidshilfen gemeinsam eine Lösung zur Grundfinanzierung der Checkpoints finden.

21.) Wie wichtig ist Ihnen das kostenlose und anonyme Testangebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten an den Gesundheitsämtern im Land? Wird dieses Angebot weiterhin bestehen bleiben?

Dieses Angebot der Gesundheitsämter hat sich bewährt, um HIV-Infektionen frühzeitig zu erkennen. Es ist ein niedrighwelliges und effektives Angebot und muss deshalb aus unserer Sicht erhalten bleiben.

22.) Unter den Corona-Bedingungen sind die Gesundheitsämter überlastet und es wurde in vielen Ämtern eine Testung auf HIV und andere STI eingestellt oder stark reduziert. Welche Maßnahmen werden hierzu ergriffen, damit die Menschen ihren Status kennen und ggf. schnellst möglich in Behandlung kommen und nicht die Zahlen „nach Corona“ stark ansteigen?

Wir Grüne halten es für unabdingbar, den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und damit auch die

Gesundheitsämter zu stärken. Bereits im Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode hatten wir das Ziel verankert, den ÖGD zu stärken. Entsprechend haben wir damit begonnen, die bestehenden Strukturen auf allen Ebenen der Gesundheitsverwaltung in Baden-Württemberg anzupassen. So haben wir beschlossen, im ÖGD stufenweise 227,5 neue Stellen zu schaffen. Die meisten davon sollen in den örtlichen Gesundheitsämtern entstehen.

Aufklärungsarbeit

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Um eine positive sexuelle Identität zu entwickeln, müssen im Rahmen der schulischen Aufklärung sexuelle Orientierung und (geschlechtliche) Identität gleichberechtigt behandelt werden.*

23.) Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um eine zeitgemäße, diverse Sexualaufklärung flächendeckend für alle Schüler*innen zu implementieren?

In dem seit 2016 geltenden Bildungsplan ist es uns gelungen, gemeinsam mit der Elternschaft und der LSBTTIQ-Community die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ zu verankern. Es braucht aber eine stärkere Verbindlichkeit und bessere Überprüfbarkeit. Um die Leitperspektive umzusetzen, sind Unterrichtsmaterialien, Aufklärungsprojekte und Fortbildungen notwendig. Die Handreichung „Alle Farben im Blick?!?“ für Schulpsycholog*innen und Beratungslehrkräfte ist erst im Dezember 2020 veröffentlicht worden.

Unser Ziel für die nächste Legislatur ist es, die Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs weiter zu erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner*in ist, um diese Leitperspektive umzusetzen.

Finanzierung der Aidshilfen in Baden-Württemberg

***Erläuterungen der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg:** Aidshilfen in Baden-Württemberg stehen größtenteils bereits seit über 30 Jahren für professionelle Beratung und Begleitung von Menschen mit HIV und Aids sowie deren An- und Zugehörige. Die Kosten dieser Arbeit steigen jährlich, die Fördersumme bleibt seit Jahren konstant. Mit der Corona-Pandemie steigen die Ängste um finanzielle Einbußen durch das Land und die Kommunen.*

24.) Werden auch zukünftig freiwillige Leistungen an die Aidshilfen in Baden-Württemberg gezahlt?

25.) Inwiefern wird sich Ihre Partei für die nachhaltige Finanzierung der Aidshilfearbeit in Baden-Württemberg einsetzen?

26.) Inwiefern wird sich Ihre Partei für die Finanzierung zielgruppenspezifischer Präventionsmaßnahmen einsetzen?

Wir Grüne bringen der wertvollen Arbeit der Aidshilfen in Baden-Württemberg große Wertschätzung entgegen. Dementsprechend ist es unser Ziel, dass das Land diese wertvolle Arbeit, zu der selbstverständlich auch zielgruppenspezifische Präventionsmaßnahmen gehören, weiterhin verlässlich und bedarfsgerecht unterstützt.